

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Aktionsplan für mehr Vielfalt und Akzeptanz

Der Landtag stellt fest:

Gesellschaft lebt von Vielfalt. Dazu zählt grundsätzlich auch die Vielfalt von Lebensweisen und sexuellen Identitäten. Feindseligkeit gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) hat keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft und ist keinesfalls nur die Angelegenheit der Betroffenen. Im Land Brandenburg, wie in ganz Deutschland, müssen wir eine verstärkte homofeindliche Mobilisierung sowie queer- und genderfeindliche Hetze in Teilen der Gesellschaft und Politik beobachten. Aber Hass und Hetze gegenüber Minderheiten dürfen nicht salonfähig werden. Eine offene Gesellschaft besteht aus ihrer Vielfalt an Menschen.

Ein Aktionsplan für mehr Vielfalt und Akzeptanz ist deshalb ein klares Signal: Es darf keine Toleranz bei Intoleranz geben!

Eine freie, friedliche und demokratische Gesellschaft lässt sich nicht allein von Parteien erhalten, es ist die Aufgabe vieler verschiedener gesellschaftlich progressiver Kräfte. Durch eine breite Beteiligung von Verbänden und Vereinen an der Entwicklung eines Aktionsplans wird eine bessere Vernetzung aller erreicht, die für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft eintreten.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung soll bis Mitte 2017 einen Brandenburger Aktionsplan für mehr Vielfalt und Akzeptanz entwickeln und umsetzen, um gesellschaftliche Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ*) abzubauen. Dieser soll, um die tatsächliche Lebenswirklichkeit von LSBTTIQ*-Menschen abzubilden, in einem breit angelegten Beteiligungsprozess erstellt werden. Nichtregierungsorganisationen, Verbände und Vereine sowie alle Landesressorts sollen aktiv in die Erstellung des Aktionsplans eingebunden werden.

Dieser Aktionsplan soll insbesondere enthalten:

- Regelmäßige (mindestens alle fünf Jahre) online-gestützte Befragungen von LSBTTIQ*-Menschen bezüglich Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen.

- Verschiedene Aufklärungsprojekte für Jugend- und Bildungseinrichtungen, die über nicht-heterosexuelle Lebensweisen aufklären. Diese sollen flächendeckend Anwendung finden. Unter anderem auch die Auswertung und Überprüfung des Projekts sowie der dazugehörigen Methodensammlung „Schule unter dem Regenbogen“, sowie ob und wie weit Projekt und Anwendung der Methodensammlung auf mehr Brandenburger Schulen auszuweiten sind. Dem Landtag soll über die gewonnenen Ergebnisse berichtet werden.
- Das eigene Diversitymanagement, als Konzept des Umgangs mit personeller und kultureller Vielfalt in Organisationen, zeitnah überprüfen. Über die Ergebnisse und Veränderungserfordernisse wird dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit Bericht erstattet.
- Eine regelmäßige Analyse und Berichterstattung über die bestehenden Selbsthilfestrukturen.

Die Landesregierung soll darüber hinaus:

- Unabhängig von der Erstellung des Aktionsplanes bis zum Jahresende 2016 eine eigene Statistik für Straftaten gegen LSBTTIQ*-Menschen zu implementieren.
- Gesellschaftliche Gruppen, Vereine und Verbände dazu zu ermutigen, sich mit dem Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu befassen und LSBTTIQ*-Menschen als Teil ihrer Gruppe oder Gemeinschaft anzuerkennen. Dies gilt z. B. für Religionsgemeinschaften und Sportvereine ebenso wie für Migrant*innenverbände und Jugendverbände. Es sind verstärkt Projekte zu unterstützen, die den Dialog und produktiven Kontakt zwischen LSBTTIQ*-Trägern und anderen gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden fördern mit dem Ziel, Vorurteile und Ressentiments abzubauen und die gegenseitige Akzeptanz zu erhöhen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie zu erweitern. Nach nun mehr als zwei Jahren wurde der Nationale Aktionsplan dahingehend jedoch nicht verändert. In der Folge haben mittlerweile zahlreiche Bundesländer eigene Aktionspläne verabschiedet und mit der Umsetzung begonnen, darunter Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Auch Brandenburg braucht einen Aktionsplan für mehr Vielfalt und Akzeptanz. Zwar ist das Land toleranter und bunter geworden, und viele strukturelle Diskriminierungen wurden abgebaut, viele Vorurteile entkräftet und viele Verkrustungen aufgebrochen. Aber allein unter Brandenburger Schüler*innen gab es nach Angaben der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule&Trans*Belange des Landes Brandenburg (LKS) vom 18.09.2013 bis zum 30.04.2015 insgesamt 431 Meldungen über Diskriminierungsvorfälle aufgrund der sexuellen Identität. Verantwortliche Politik muss ange-

sichts dessen in der Gesellschaft immer weiter und viel stärker für Vielfalt und Akzeptanz werben. Queere Lebensweisen dürfen nicht tabuisiert oder lächerlich gemacht werden, sondern müssen akzeptiert werden. Diskriminierung, Vorurteile, Ignoranz und auch antihomosexuelle Gewalt sollen genau wie Rassismus oder Antisemitismus gemeinschaftlich bekämpft werden.

Die Datenlage zur Lebenssituation von LSBTTIQ*-Menschen im Land Brandenburg ist nicht ausreichend. Um die Belange und Interessen von LSBTTIQ*-Menschen in einem Aktionsplan abzubilden, darf dieser deshalb nicht von oben herab verordnet werden. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, wie die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg (Katte e.V.), der Lesben- und Schwulenverband Berlin - Brandenburg (LSVD), der Verein AndersARTiG e.V. mit seinem Hauptprojekt Landeskoordinierungsstelle (LKS) sollen ihr Wissen und ihre Erfahrungen partizipativ in die Entwicklung des Aktions- und Teilhabeplans einbringen.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN